



**Hier ist die Antwort von  
Urban Mangold (ÖDP)  
auf die  
„8 Fragen für Passau“  
von den „Omas gegen Rechts“**

**1. Welche konkreten städtischen Maßnahmen planen Sie, um eine rasche und gelungene Integration von Geflüchteten und Migranten zu fördern?**

*Es gibt in Passau hervorragende Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements im Bereich der Integration. Davon habe ich mich erst kürzlich bei einem Besuch bei „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ erneut überzeugt. Sie haben eine verstärkte Unterstützung durch die Stadt verdient. Fortfahren und ausbauen würde ich die Schulsozialarbeit. Welche städtischen Maßnahmen erforderlich und gewünscht sind, würde ich erst nach einem vertieften Gedankenaustausch mit diesen engagierten Akteuren festlegen.*

**2. Werden Sie – nach dem Vorbild anderer Städte – einen städtischen Integrationsbeirat einrichten – oder bleibt Integration weiter Aufgabe kirchlicher Beratungsstellen und ehrenamtlicher Vereine?**

Ja. Ich würde einen Integrationsbeirat einrichten.

**3. Welche konkreten städtischen Maßnahmen planen Sie, um ein tolerantes und bereicherndes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und so ein friedliches buntes Passau zu fördern?**

*Aktivitäten wie sie der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ in der Kulturvermittlung und Sprachbildung anbietet, sollten auch in die Stadtteile, in denen es besonders erforderlich ist, hineingetragen werden. Direkt vor Ort in der unmittelbaren Nachbarschaft sollten Vorbehalte auf beiden Seiten überwunden werden. Ich habe ein offenes Ohr für solche Projekte. Diskriminierenden Haltungen werde ich entgegenzutreten.*

**4. Steht die Brandmauer im Stadtrat Passau? Wie wird sie im konkreten politischen Alltag aussehen?**

*Rechtsextreme Parteien spielen in der tagespolitischen Debatte im Passauer Stadtrat derzeit zum Glück keine Rolle, weil es von ihnen keine Debattenbeiträge gibt, auf die man reagieren könnte. Sollte sich das ändern, werden die demokratischen Kräfte die passende Antwort finden. Ich bin überzeugt, dass es im Passauer Stadtrat keine Bündnisse oder Absprachen mit rechtsextremen Parteien geben wird. Das halte ich für ausgeschlossen.*

**5. Wie wollen Sie als Oberbürgermeister\*in die diversen zivilgesellschaftlichen Kräfte nutzen, die sich auf der Basis des Grundgesetzes für Demokratie, demokratische Parteien und Toleranz in Ihrer Stadt einsetzen?**

Ich würde sie einbinden, wo es geht. So sollten zum Beispiel rund um Verfassungsjubiläen – zuletzt „75 Jahre Grundgesetz“, heuer „80 Jahre Bayerische Verfassung“ - Veranstaltungsreihen zur demokratischen Bildung stattfinden, in denen die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag leisten. Passau hatte auf meine Initiative (in meiner Zeit als 2. Bürgermeister) beste Bedingungen für direktdemokratische Abstimmungen (Volksbegehren), nach München die zweitbesten in Bayern. Von der derzeitigen Rathausmehrheit wurde die Eintragungszeit für Volksbegehren auf ein Minimum gekürzt. Ich würde in Passau für Freude an der direkten Demokratie werben und hierfür gute Bedingungen schaffen.

**6. Wie wollen Sie sich als Oberbürgermeister\*in bei öffentlichen Protesten positionieren, die sich gegen Faschismus und Politiker\*innen mit einer Menschen verachtenden und demokratiefeindlichen Einstellung richten?**

Ich habe mich bei verschiedenen Demonstrationen als eingeladener Redner stets klar gegen Feinde der Demokratie positioniert (zuletzt bei Veranstaltungen in Hauzenberg und auch in Rotthalmünster). Das werde ich weiterhin tun.

**7. Welche Unterstützung wollen Sie als Oberbürgermeister\*in Frauen bieten, damit diese auch in Extremsituationen (Alleinerziehend, Schichtdienst...) Beruf und Kinder optimal vereinen können?**

Passau hat in die öffentliche Kinderbetreuung sehr viel investiert. In solchen Extremsituationen werde ich im Gespräch versuchen, individuelle Lösungen zu finden.

**8. Werden Sie sich als Oberbürgermeister\*in dafür einsetzen, dass Abtreibungen nach „sozialer Indikation“ am Klinikum Passau durchgeführt werden können?**

Ich überlasse die Beantwortung dieser Frage lieber den Frauen in der ÖDP, werde ihr aber nicht ausweichen: Zuallererst: Ungewollt schwangere Frauen, die sich in einer Notlage befinden, brauchen Beistand. Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Familien und Alleinerziehenden in dieser Situation geholfen wird. Wir wollen alles tun, damit sich Frauen nicht aus finanziellen Gründen zu einem Schwangerschaftsabbruch gezwungen sehen.

Ich stehe zum derzeit geltenden Rechtskompromiss bzgl. des § 218, mit dem der Deutsche Bundestag versucht hat, dem Selbstbestimmungsrecht und dem Schutz des ungeborenen Lebens gerecht zu werden. Beide Rechtsgüter sind Ausdruck der universellen Gültigkeit der Menschenrechte. Ein hierarchisch strukturiertes Ausbildungs-Krankenhaus, in dem junge Ärztinnen und Ärzte ihre Facharztausbildung absolvieren, ist nach meiner Ansicht zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen weniger geeignet als die Praxis niedergelassener Ärztinnen und Ärzte. Es kann zu belastenden Situationen kommen, wenn Ausbilder und Assistenzärzte eine unterschiedliche Haltung zu Schwangerschaftsabbrüchen haben. Angestellten Ärztinnen und Ärzten, die möglicherweise mit einer Gewissensfrage kämpfen, kann ein solcher Eingriff nicht auferlegt werden. Deshalb bin ich der Ansicht, dass es besser wäre, wenn Frauen, die sich nach der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, Möglichkeiten in privaten Praxen bei niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten vorfinden.